

Landeshauptstadt Dresden  
Die Oberbürgermeisterin



# **N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 3. Sitzung des Ausländerbeirates (AB/003/2015)**

**am Dienstag, 3. Februar 2015,**

**17:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:**

17:00 Uhr

**Ende der Sitzung:**

21:10 Uhr

**Anwesend:**Vorsitzender

Viktor Vincze

CDU-Fraktion

Angelika Malberg

Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.

Hans-Jürgen Muskulus

Kerstin Wagner

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

SPD-Fraktion

Vincent Drews

Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui

Maria Elena Domingo San Juan

Dr. Hussein Hasham Jinah

German Levenfus

Rustam Maks

Dr. Asad Mamedow

Md Shahinur Rahman

Dr. Juri Tsoglin

Halyna Yefremova

**Abwesend:**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Michael Ton

Fraktion Alternative für Deutschland

Gordon Engler

FDP/FB-Fraktion

Jens Genschmar

Mitglieder mit Migrationshintergrund

Marc Lalonde

**Verwaltung:**

Frau Dr. Cordts

Frau Möckel

Frau Winkler

Amtsleiterin Sozialamt

Amtsleiterin Stadtkämmerei

INAUSLB

**Gäste:**

Herr Avanarius  
Herr Dr. Dirks  
Frau Krebs  
Frau Röhr  
Frau Lindner

SPD-Fraktion  
AFD  
Netzwerk Kinderschutz  
GB 5 / Jugendamt  
privat

**Schriftführer/-in:**

Frau Vetter, B.

SG Stadtratsangelegenheiten

# T A G E S O R D N U N G

## Öffentlich

- 1 Bericht Haushalt, Schwerpunkt Integration, Migration und Flüchtlinge
- 2 Initiative Krankenversicherung für Flüchtlinge
- 3 Bericht Integrationskonzept
- 4 Bestellung Gruppe Öffentlichkeitsarbeit des Beirates
- 5 Informationen/Sonstiges
- 6 Dresdner Kinderschutzbericht 2014 (Planungsbericht) **V0210/14  
beratend**
- 7 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) **V0220/14  
beratend**
- 8 Abberufung eines Mitgliedes des Ausländerbeirates und Wahl eines neuen Mitgliedes im Ausländerbeirat **V0294/15  
zur Information**

## öffentlich

### Einleitung:

**Herr Vincze** eröffnet die 3. Sitzung des Ausländerbeirates. Die Beschlussfähigkeit ist festgestellt. Eine ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung ist erfolgt.

Er beantragt Rederecht für Herrn Avenarius von der SPD Fraktion und für Herrn Dr. Dirks von der AFD Fraktion.

Das Gremium stimmt dem einstimmig zu.

Es wird eine Änderung der Tagesordnung beantragt. Der TOP 6 soll an 4. Stelle behandelt werden.

**Herr Stadtrat Hoffsommer** möchte einen Geschäftsordnungsantrag stellen. Er habe im Bericht keine wirklichen inhaltlichen Bezüge zum Thema unter TOP 6 gefunden und frage sich, warum das im Ausländerbeirat beraten werden solle. Wenn keine Begründung angebracht werde, dann sehe er den Beirat als nicht zuständig und werde den Antrag auf „Nichtbefassung“ stellen.

**Frau Winkler**, Integrations- und Ausländerbeauftragte (INAUSLB) erläutert, dass eine Stellungnahme dazu eingereicht worden sei und darin mache sie darauf aufmerksam, dass es im Entwurf die Dimension der „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ gebe und verweist auf die Hauptsatzung.

Auf Grund der ausreichenden Erklärung, werde **Herr Stadtrat Hoffsommer** keinen Geschäftsordnungsantrag stellen.

**Herr Vincze** stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Die Mitglieder bestätigen einstimmig.

**Herr Dr. Jinah** äußert die Bitte, bei Fragestellungen an Referenten, diese nicht in Bedrängnis zu bringen und stets die fachliche Richtung mit zu berücksichtigen.

## 1 Bericht Haushalt, Schwerpunkt Integration, Migration und Flüchtlinge

**Frau Möckel**, Amtsleiterin Stadtkämmerei, merkt an, dass an die Mitglieder des Ausländerbeirates eine Zuarbeit über die Daten zu dem Thema Asylbewerberunterbringung ausgereicht worden seien. Da werde aufgezeigt, welche Mittel im Haushalt veranschlagt und durch den Stadtrat im Dezember 2014 beschlossen wurden. Nicht mit aufgeführt seien die Planansätze für die Ausländerbeauftragte und den Ausländerbeirat selbst. Für das Budget des Ausländerbeirates stehe eine Summe in Höhe von 5.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Als Vorgabe für das Budget der Ausländerbeauftragten benenne Frau Möckel die Summe von 20.000 Euro pro Jahr.

Sie informiert, dass sich ein neuer Sachstand ergeben habe. Nach zwischenzeitlichen Verhandlungen mit dem Freistaat und den kommunalen Spitzenverbänden werde man die 75 % Kostenbeteiligung des Landes nicht erhalten. Momentan sei man mit dem Regiebetrieb und dem Sozialamt in Gesprächen, wie man mit den tatsächlich bewilligten Mitteln und den Eigenmitteln auskommen könne.

**Frau Dr. Cordts**, Amtsleiterin Sozialamt, konstatiert, dass eine Klärung des Sachstandes herbeigeführt werden müsse. Es werde dazu übergegangen, den Schlüssel 1:100 umzusetzen. Hier erhoffe man sich eine höhere Kostenfinanzierung, müsse jedoch noch den Beschluss zum Landeshaushalt abwarten.

Mit bedacht worden seien Sprachkurse und ISF Anträge seien gestellt. Ein Bescheid liege jedoch noch nicht vor.

Im Zuwendungsbereich seien die beantragten Mehrbedarfe nicht bewilligt worden. Die notwendige Beschlussvorlage werde man dem Sozialausschuss vorlegen und man rechne im Mai 2015 mit einer Entscheidung.

Der Gemeinde Dolmetscherdienst weise eine Kapazitätssteigerung von 60 % auf, worauf sich die Regiekosten der Manager deutlich erhöhen. Hier sei man bemüht, eine bedarfsgerechte Erfüllung herbei zu führen. Dabei ist zu sagen, dass nicht bestätigter Mehrbedarf zu Lasten anderer sozialer Leistungen gehe.

**Herr Stadtrat Muskulus** fragt, ob es für die personelle Aufstockung bereits Interessenbekundungen bzw. Ausschreibungen gegeben habe und wie die Umsetzung aussehe.

**Frau Dr. Cordts** konstatiert, dass Ausschreibungen per Stadtratsbeschluss erst in 2016 vorgesehen seien, da man dabei sei, die Strukturen aufzubauen.

**Frau Winkler**, INAUSLB, merkt an, dass es erfreuliche Entwicklungen im kulturellen Bereich gegeben habe, was die Förderung der interkulturellen Arbeit angehe.

Weitere Fragen werden nicht gestellt und **Herr Vincze** beendet den Tagesordnungspunkt.

## 2 Initiative Krankenversicherung für Flüchtlinge

**Frau Dr. Cordts** berichtet, dass das Land einen Lenkungsausschuss Asyl gebildet habe und dieser beinhalte u. a. auch einen Baustein „Prüfung der möglichen Einführung einer Gesundheitskarte“. Hier beraten Staatssekretäre der einzelnen Ressourcen und die Ergebnisse stelle man der Öffentlichkeit zur Verfügung. Begleitet werde das z. B. durch eine Arbeitsgruppe Asyl, welche der Landkreistag moderiere und da seien die kreisfreien Städte beteiligt. Sie selber vertrete dort die Landeshauptstadt Dresden.

Frau Dr. Cordts bezieht sich auf die Präsentation „Initiative Krankenversicherung für Flüchtlinge“, welche in der Sitzung am 16. Dezember 2014 detailliert vorgestellt worden sei. Das gegenwärtige Krankenscheinprinzip sei mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand verbunden und mit dem derzeitigen Personal kaum zu bewerkstelligen. Dem Land habe man zu der Thematik einige Verwaltungsvereinfachungen vorgeschlagen. Diese seien aber immer abgelehnt worden. Es werde dabei auf eine gesetzgeberische Entscheidung verwiesen, welche sie nochmals erläutere. Um eine Lösung sei man weiterhin bemüht und man hoffe auf eine positive Entwicklung.

Die Auffassung, welche seitens der Stadtverwaltung vorherrsche, werde weiter vertreten. Eine Einführung hänge jedoch von der Entscheidung auf Landesebene ab. Die Hansestadt Bremen und Hamburg seien Stadtstaaten und da seien die Maßgaben bzw. Voraussetzungen andere.

**Herr Stadtrat Tsoglin** fragt nach, ob die Ersetzung der Krankenscheine durch die Krankenversichertenkarte eine Ersparnis von Kosten nach sich ziehe.

**Frau Dr. Cordts** gehe davon aus, dass die Einführung der Chipkarte Mehrkosten verursachen werde. Das Ergebnis insgesamt darzustellen, sollte nicht nur auf betriebswirtschaftlicher Ebene stattfinden, sondern es zähle auch der menschliche Umgang.

**Herr Stadtrat Hoffsommer** äußert sich irritiert über die Aussage, dass die Unterlagen von Rostock nicht ausgereicht worden seien. Er selber habe die Beschlusslage noch einmal recherchiert und diese bestehe. Im Landtag gebe es ein Protokoll des Sozialausschusses, zu einer Anhörung in Mecklenburg-Vorpommern. Darin beziehe man sich auch auf das Asylbewerberleistungsgesetz und das sollte bundesweit gelten. Diese Drucksache wolle er an Frau Dr. Cordts weiterleiten und bittet gleichzeitig darum, dass geprüft werden solle, auf welcher Grundlage das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, im Gegensatz zu Sachsen, gleich eine Krankenchipkarte für Asylsuchende zur Verfügung stelle.

**Frau Dr. Cordts** nimmt das gerne an und werde das Thema in der nächsten Arbeitsgruppe Asyl mit einbringen.

**Herr Vincze** beantragt Rederecht von Frau Katja Lindner, sachkundige Bürgerin. Das Gremium stimmt dem zu.

**Frau Katja Lindner** berichtet, dass sie sich mit der Stadt Rostock in Verbindung gesetzt hätte. Da sei kommuniziert worden, dass die Entscheidung momentan noch auf Eis liege. Entscheidend dabei sei, dass der Bundesrat seit Oktober debattiere und wann eine endgültige Regelung herbei geführt werde, sei gegenwärtig noch offen.

**Herr Dr. Mamedow** merkt an, dass in Sachsen eher Sachleistungen anstelle von Geldleistungen erbracht worden seien. Die Stadt Dresden habe dahingehend initiative gezeigt und es sei ein Modellprojekt gestartet worden. Dieses habe man überwiegend positiv bewertet und werde bereits in weiteren Städten praktiziert. Er könne sich vorstellen, mit einem Beschluss des Stadtrates, der Oberbürgermeisterin den Auftrag zu erteilen, sich bei der sächsischen Landesregierung für die Einführung der Chipkarte, ab Antragstellung durch Asylbewerber, einzusetzen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und **Herr Vincze** geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

### **3 Bericht Integrationskonzept**

Es wird angemerkt, dass dieses Thema schon in der letzten Sitzung behandelt worden sei. Eine ausführliche Befassung finde in der heutigen Sitzung, unter dem Tagesordnungspunkt 7 statt, wo Frau Winkler, INAUSLB, die Vorlage zum Integrationskonzept 2015 - 2020 einbringen und vorstellen werde.

Die Mitglieder des Beirates nehmen das einvernehmlich zur Kenntnis.

### **4 Bestellung Gruppe Öffentlichkeitsarbeit des Beirates**

Für die Mitarbeit in der Gruppe Öffentlichkeitsarbeit werden folgende Mitglieder des Beirates vorgeschlagen: Herr Stadtrat Drews, Herr Dr. Jinah, Frau Domingo und Herr Vincze.

Die genannten Mitglieder erklären ihre Bereitschaft. **Herr Vincze** bittet um Abstimmung.

Die Mitglieder des Ausländerbeirates stimmen mit **16/0/0** zu.

## 5 Informationen/Sonstiges

**Herr Vincze** informiert, dass zwei Initiativen aus dem Stadtteil Leuben und dem Schönfelder Hochland angefragt hätten, um sich bei der Arbeit für Flüchtlinge zu engagieren. Ebenfalls werde von Seiten der Volkssolidarität Interesse für Hilfen, unterschiedlicher Art, bekundet.

Die Geschäftsführerin des Heinrich-Schütz-Konservatoriums, Frau Kasper, habe sich bereit erklärt, den Schülern, in vorerst zwei Grundschulen, das Erlernen eines Musikinstrumentes zu ermöglichen, mit dem Ziel, eine Integration zu vereinfachen. Es werde sich um die Finanzierung bemüht und überlegt, wie dieses Projektes weiter Fuß fassen könne.

Herr Vincze bittet die Mitglieder, bis Ende der Woche ein Passfoto einzureichen, damit der Flyer des Ausländerbeirates erstellt werden kann. Ebenfalls sollten bis dahin die Daten für ggf. benötigte Visitenkarten übermittelt werden.

Des Weiteren gibt er Veranstaltungstermine bekannt.

- Zum Thema Asyl: 7. Februar 2015, 14 - 18 Uhr, im Foyer des Hygienemuseums  
Teilnehmer: Herr Dr. Jinah, Herr Shahinur, Herr Vincze
- 19. Februar 2015, Pressekonferenz „100 Tage im Amt“ über Ziele, Erreichtes und kommende Herausforderungen
- In Anlehnung an den Gomondai Gedenktag, solle am 11. April 2015, bei einem Heimspiel von Dynamo Dresden, eine Gedenkminute eingelegt werden, zum Gedenken an die Opfer von Rassismus.
- Vor der Wahl der neuen Oberbürgermeisterin bzw. des neuen Oberbürgermeisters am 4. Juli 2015, wolle er als Vorsitzender des Ausländerbeirates die Kandidaten ansprechen. Bis ein Termin feststehe, bittet er die Mitglieder, Fragen vorzubereiten.

Herr Vincze habe eine Anfrage, bezüglich des Lokalen Handlungsprogrammes für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus(LHP) an Herrn Fischbach gerichtet. Um dieser in schriftlicher bzw. mündlicher Form nachzukommen, sei es notwendig, eine offizielle Aufforderung des Beirates an den Geschäftsbereich zu formulieren.

„Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, den Mitgliedern des Ausländerbeirates, eine Woche vor der nächsten Sitzung am 28. April 2015, einen schriftlichen Bericht über die Umsetzung und Inhalte der Fortschreibung des LHPs der Stadt Dresden, vorzulegen.“

*Das Gremium stimmt diesem Auftrag mit 16/0/0 Stimmen zu.*

**Herr Dr. Tsoglin** berichtet, dass es in Deutschland einige Bürger mit Migrationshintergrund gebe, welche den Holocaust überlebt haben und ggf. Anspruch auf eine entsprechende Rente hätten bzw. sollte die russische Rente nicht auf soziale Leistungen angerechnet werden. Er bittet um Unterstützung, um bei den entsprechenden Behörden vorzusprechen.

**Frau Stadträtin Malberg** und Herr **Stadtrat Hoffsommer** erklären sich bereit, mit ihm gemeinsam die zuständigen Behörden aufzusuchen. Frau Dr. Cordts bietet, als Ansprechpartner, ebenfalls Hilfe an.

**Herr Stadtrat Muskulus** äußert, dass bei Gewährung einer Grundsicherung, die russische Rente mit verrechnet werde. Anerkannte Opferrenten werden dagegen nicht mit angerechnet.



**Herr Vincze** bezieht sich auf einen, von Herrn Ton vorbereiteten Entwurf für einen Beschluss des Ausländerbeirates, zum Schutz der Religionsfreiheit in Dresden, an den Sächsischen Ministerpräsidenten Herrn Tillich. Inhaltlich werde die Aussage „Der Islam gehöre nicht zu Sachsen“ kritisiert.

**Frau Stadträtin Wagner** bittet um Ergänzung, dass auch das Bestattungsgesetz für Muslime geändert werden müsse.

Die Mitglieder des Ausländerbeirates diskutieren heftig über das für und wider dieses Vorhabens.

**Herr Stadtrat Dr. Reuther** weist darauf hin, um diesen Beschluss fassen zu können, hätte man auch dazu ordentlich laden müssen.

**Herr Vincze** schlägt vor, den Entwurf als Erklärung zu sehen und diese, mit Unterschriften weiter zu leiten. Es sei jedem Mitglied freigestellt, ob unterschrieben werde oder nicht.

**Frau Winkler** informiert, dass ihr Büro, im Neuen Rathaus, neue Räumlichkeiten beziehe.

**Herr Stadtrat Dr. Reuther** interessiert, was der rechtliche Status von Frau Winkler sei.

**Frau Winkler** antwortet, dass sie seit ca. einem Jahr die Aufgaben von Frau Dr. Kruse, in Vertretung, übernommen habe.

**Frau Stadträtin Malberg** halte es für äußerst wichtig und dringend notwendig, dass die neu bezogenen und die noch zu beziehenden Asylbewerberheime in Augenschein genommen werden sollten. In Bezug auf die Bedingungen und die daraus resultierende angespannte Lage, sei es unabdingbar, eine kontinuierliche Berichterstattung einzufordern. Auch plädiere sie dafür, dass gerade geflüchtete Kinder, mit ihren Familien, nicht in Heime unterzubringen seien.

**Herr Dr. Mamedow** merkt an, dass noch viele Familien in Heimen leben und es Probleme gebe, diese in Wohnungen unterzubringen. Dabei dürfe man aber auch nicht außer acht lassen, dass Familien lieber weiter in den Heimen und dem gewohnten Leben wollen, als überall neu dezentral untergebracht zu werden.

Um Informationen zu erhalten, spricht sich **Herr Stadtrat Hoffsommer** für eine Sondersitzung zum Thema Asyl aus, die Herr Vincze beantragen werde.

**Frau Stadträtin Malberg** weist darauf hin, dass man Asylbewerber aufnehmen, welche Akten los, d. h. ohne Papiere und ohne Gesundheitscheck, hier ankommen. Da müsse dringend gehandelt werden und dürfe so, wie noch gegenwärtig gehandhabt, *nicht* weiter abgearbeitet werden.

**Herr Dr. Jinah** stimmt dem zu, aber die Verantwortung liege bei den Behörden und nicht bei den Flüchtlingen.

**Herr Vincze** macht auf eine Veranstaltung, anlässlich des Vietnamesischen Neujahres 2015, aufmerksam und reicht die entsprechende Einladung an die Mitglieder aus.

**6 Dresdner Kinderschutzbericht 2014 (Planungsbericht)****V0210/14  
beratend**

**Frau Röhr**, Jugendamt, stellt den zweiten Dresdner Kinderschutzbericht, anhand einer Präsentation vor, welche der Niederschrift beigelegt werde.

Der Auftrag beinhalte Konzepte und Koordination des Netzwerkes für Kinderschutz und Frühe Hilfen. Berichte zur Inobhutnahme werde im Kinderschutzbericht integriert. Es finde eine Vernetzung der Säulen Netzwerke für Kinderschutz und Frühe Hilfen, eine Intervention und Prävention statt. Gleichzeitig werde die Entwicklung analysiert, sowie eine Ableitung notwendiger Erfordernisse. Formuliert werden auch konkreter Ziele und durchzuführende Maßnahmen.

Aus der Mitte werden u. a. folgende Fragen gestellt, welche vollumfänglich durch Frau Röhr beantwortet werden:

- Wie viel Kinder seien aus Gefahrensituationen geholt und in Obhut genommen worden?
- Welche Maßnahmen und Methoden gebe es zur Prävention?
- Ob die bisherige Vernetzung ausreiche oder ob man noch weitere Vereine ansprechen werde?

Weiter berichtet sie, dass durch das Jugendamt mehr Daten preis gegeben werden könnten. Dadurch verbessere sich die Qualität der Mitteilungen. Das sei auch ein Resultat von guter Netzwerkarbeit und Aufklärung. Auch gebe es eine gute Zusammenarbeit mit Dolmetscherdiensten und gerichtlich bestimmten Vormündern.

Das Jugendamt werde am runden Tisch Asyl beteiligt und es finde ein regelmäßiger Austausch mit erfahreneren westdeutschen Städten statt. Verbessert werde die Zusammenarbeit mit Suchtberatungsstellen bzw. Psychiatrien.

Eine Unterbringung für minderjährige gefährdete Kinder werde eher dezentral und in Familien angestrebt, wobei da die Sprachbarrieren ein fortlaufendes Thema seien.

Es gibt Wortmeldungen einzelner Mitglieder. Angebrachte Kritikpunkte werde sie an die entsprechende Fachabteilungen weiterleiten, da sich ihre Arbeit hauptsächlich auf den Kinderschutz beziehe.

**Herr Stadtrat Hoffsommer** spricht sich dafür aus, die Fachkräfte auf dem Gebiet der Prävention weiter zu qualifizieren. Ein Kindernotdienst sei nicht der richtige Ort für die Inobhutnahme minderjährige unbegleitete Flüchtlinge. Er regt an, mit diesem Beirat ein Konzept zu überlegen, wie in dieser Stadt, jenseits des Kinder- und Jugendnotdienstes, ein angemessenes Angebot gestaltet werden könne.

Von Seiten der Verwaltung gibt es noch Anmerkungen, in wie weit bereits Unternehmungen stattfinden, um allgemein die Problematik besser zu begleiten, zu unterstützen und zu koordinieren.

**Herr Dr. Mamedow** könne dem Vorschlag von Herrn Stadtrat Hoffsommer nur beipflichten. Er sei auch der Meinung, dass an den Stadtrat heranzutragen, um von dort auch eindeutiges Signal zu erhalten.

**Herr Stadtrat Hoffsommer** stellt folgenden Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage:

**Die Bürgermeisterin wird beauftrag, ein Konzept für Inobhutnahme und Begleitung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen, jenseits der Unterbringung im Kinder- und Jugendnotdienst zum Beschluss vorzulegen.**

Das Gremium stimmt dem Ergänzungsantrag mit 16/0/0 Stimmen zu.

**Frau Stadträtin Malberg** macht deutlich, dass die Unterbringung von Kindern in Asylbewerberheimen an Kindeswohlgefährdung grenze. Gleichwohl sei das zurzeit jedoch die absolute Ausnahme. Um noch bestehende Unterbringungen von Familien in Heimen zu beenden, setze jedoch die Bereitschaft dieser Familien voraus. Den gestellten Antrag von Herrn Stadtrat Hoffsommer halte sie für längst überfällig.

**Herr Dr. Jinah** berichtet über seine Erfahrungen aus seiner Funktion des Gemeindedolmetscherdienstes im Kinder- und Jugendnotdienst. Er habe erlebt, dass sich speziell bemüht werde, minderjährige unbegleitete Flüchtlinge aus den Heimen heraus zu holen und diese, z. B. in Wohngemeinschaften mit anderen Kindern, ebenfalls mit Migrationshintergrund, unterzubringen.

**Herr Stadtrat Drews** fragt, warum diese Vorlage nicht auch in anderen Beiräten bzw. Ausschüssen beraten werde. Er benennt als Beispiel den Sozialausschuss, den Gesundheitsausschuss oder den Kriminalpräventiven Rat.

Die Beratungsfolge werde durch den Ältestenrat festgelegt, antwortet **Frau Stadträtin Malberg**.

Fragen werden keine mehr gestellt und **Herr Vincze** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Beirat ist beratend tätig.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den „Dresdner Kinderschutzbericht 2014“ als Planungsbericht zur Kenntnis (Anlage 1).
2. Die im Bericht dargelegten Ziele und Maßnahmen bilden die Grundlage für die weiterführende Kinderschutzarbeit in Dresden.
3. Der „Dresdner Kinderschutzbericht 2014“ wird zukünftig im Zweijahresrhythmus fortgeschrieben.
4. Alle Maßnahmen des Kinderschutzberichtes sind innerhalb der dem Geschäftsbereich Soziales im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel umzusetzen.
5. **Die Bürgermeisterin wird beauftrag, ein Konzept für Inobhutnahme und Begleitung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen, jenseits der Unterbringung im Kinder- und Jugendnotdienst zum Beschluss vorzulegen.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

**7 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) V0220/14 beratend**

**Frau Winkler**, INAUSLB, bringt die Vorlage ein und begründet den Inhalt. Sie erläutert anhand einer Präsentation, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt werde, folgende Themenbereiche:

- Rückblick 2009
- Struktur des Integrationskonzeptes 2015 - 2020
- Kommunale Handlungsfelder
- lang- und mittelfristige Ziele der Dresdner Integrationspolitik
- Maßnahmen in verschiedenen Bereichen
- Beteiligungsverfahren und die
- Voraussetzungen für die Wirksamkeit des Konzeptes

Unter anderem werden folgende Fragen aus der Mitte des Gremiums durch **Frau Winkler** detailliert und vollumfänglich beantwortet:

- Wie werde eine bessere Verteilung der dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern im gesamten Stadtgebiet umgesetzt?
- Ob durch ein Beschwerdemanagement Nachbarschaftskonflikten besser entgegengewirkt werden könne?
- Nutzen Asylsuchende den Gemeinde Dolmetscherdienst auch für andere Termine, welche nicht von der Stadt finanziert werden?
- Gibt es das Integrationskonzept in mehreren Sprachen oder nur in deutsch sprachiger Ausfertigung?
- Wie werde von Seiten der Stadtverwaltung, gegenüber den Menschen mit Migrationshintergrund, speziell das Welcome Center für den Bereich der Arbeitsmigration und die Ausländerbehörde Flucht, Asyl und Aufenthaltstitel, mit den unterschiedlichen Willkommenskulturen umgegangen?

**Herr Dr. Jinah** informiert, dass der Gemeinde Dolmetscherdienst nicht begleitend, sondern als reiner Übersetzungsdienst zur Verfügung stehe. Die Nutzung bei anderen Behörden, wie z. B. Polizei, Anwälten oder Gerichten, müsse privat gezahlt werden.

**Frau Stadträtin Malberg** merkt an, dass für die dezentrale Unterbringung nur durch die GAGFAH Bereitschaft zugesagt worden sei. Auch kritisiert sie, dass man Flüchtlinge ohne Aktenlage aufnehmen und dadurch keinerlei Kenntnisse, auch gerade über den gesundheitlichen Zustand, habe. Das stelle vor allem ein großes Gesundheitsrisiko dar und dem müsse umgehend entgegengewirkt werden. Es sei festzustellen, dass die Kommunen überfordert seien und bestimmte Sicherheiten nicht mehr gewährleistet werden könnten.

**Herr Stadtrat Hoffsommer** könne das nur bestätigen. In der Realität gestalte sich die Situation als schwierig und das was geleistet werde, übersteige mitunter die Grenzen. Die Probleme der dezentralen Unterbringung seien, auf Grund mangelnder bis hin zur ablehnenden Bereitschaft, privaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, zurückzuführen. Eine verstärkte Zusammenarbeit, mit allen aktuellen Themen, u. a. mit dem Welcome-Center, dem Jobcenter und dem runden Tisch Asyl, sei dringend erforderlich.

**Herr Dr. Tsoglin** möchte wissen, ob in dem Konzept politische Ziele definiert wurden oder ob das konkrete Aufgaben der Verwaltung seien. Auf jeden Fall solle man konkretisieren, wer welche Aufgaben übernehme, wie die Finanzierung ablaufe und wie die Umsetzung erfolgen werde.

**Herr Maks** habe festgestellt, dass es wesentliche Unterschiede zu dem vorangegangenen Konzept gebe und er bewerte das in 2009 erstellte positiver. Er weist darauf hin, dass man im Bereich der Bildung, den religiösen Aspekt mit aufnehmen sollte. Auch verwundere ihn, dass, in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund, immer von Mitgliedern und nicht von Bürgern dieser Gesellschaft gesprochen werde.

**Frau Winkler** verweist auf bestehende Gesetze, die eine Trennung von Staat und Kirche, somit auch von anderen religiösen Richtungen, vorgebe. Der Begriff Mitglieder sei gewählt worden, da diese ein Teil der Stadtgesellschaft seien, aber Bürgerrechte fehlen, im Sinne von Drittstaaten Angehörige.

Was die Integration auf dem Gebiet Freizeit und Sport angehe, sei man aktiv mit Vereinen im Gespräch, um freie Plätze für Menschen mit Integrationshintergrund zur Verfügung zu stellen. Geklärt werden müsse dabei der Versicherungsschutz, die Ableistung von Beiträgen usw. Hier sei man mit dem Sozialamt im Gespräch und das Thema werde auch beim runden Tisch Asyl behandelt.

Es gebe Themengebiete, u. a. Sprachkurse in Maßnahmen, die in den Bereich der Bundesagentur fallen. Da habe die Verwaltung wenig bzw. keinen Einfluss.

Die Ziele und Aufgaben habe man mit den verschiedenen Geschäftsbereichen und Fachämtern erarbeitet, abgestimmt und diese setze man gemeinsam um. Was nicht abgestimmt wurde, seien speziell die Fördermittel der einzelnen Fachämter.

**Herr Maks** betont, dass sich in Dresden, gerade auf politischer Ebene, stärker eingebracht werden müsse. Man könne die Politik nicht der AFD überlassen.

**Frau Winkler** äußert dazu, dass man in dieser Hinsicht tätig sei und verweist auf das lokale Handlungsprogramm für Demokratie, Toleranz und gegen Extremismus. Das laufe parallel zum Integrationskonzept und beide müssten miteinander verzahnt werden.

**Herr Stadtrat Hoffsommer** fasst zusammen, dass wichtig sei, welche Wirkung Beschlüsse im politischen Raum hätten und welcher Nutzen damit verbunden sei. Die Diskussion über Konzepte und Handlungsprogramme mache sich notwendig, besonders in und mit der Öffentlichkeit.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf und **Herr Vincze** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Beirat ist beratend tätig.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1

**8 Abberufung eines Mitgliedes des Ausländerbeirates und Wahl eines neuen Mitgliedes im Ausländerbeirat V0294/15 zur Information**

Die Mitglieder des Ausländerbeirates haben die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

erledigt

Es gibt keinen weiteren Redebedarf und **Herr Vincze** schließt die 3. Sitzung des Ausländerbeirates.

Viktor Vincze  
Vorsitzender

Birgit Vetter  
Schriftführerin

Jens Hoffsommer  
Stadtrat

Angelika Malberg  
Stadträtin